

Um die Stärken von Menschen zu nutzen, muss man auf ihren kulturellen und sozialen Hintergrund Rücksicht nehmen.

Foto: Imago / Christoph Hardt



Ungenutztes Potenzial

Ein Forschungsprojekt untersucht, wie die Vielfalt von Lehrenden und Lernenden nicht nur sichtbar gemacht, sondern auch aktiv in den Unterricht eingebaut werden kann.

Paul Sajovitz

Wie kann man Diversität und Ungleichheit nach objektiven Kriterien messen? Und wie kann man anhand dieser Daten die Potenziale und Ressourcen nutzen? Zu diesen Fragen forscht die Grazer Fachhochschule Joanneum im Rahmen des Erasmus+-Forschungsprojekts „Diverse Courses“ mit fünf europäischen Partnerinstitutionen aus dem Mittelmeerraum. Der Startschuss für das Projekt wurde im November 2023 gegeben, bis Ende 2025 stellt man die Ergebnisse laufend einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Koordinatorin des Forschungskonsortiums ist die Grazer Soziologin Barbara Höning von der FH Joanneum. Die beteiligten Institute bauen auf Erfahrungswerte aus vorhergehenden Forschungsprojekten der EU auf, bei denen die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und die Förderung von Diversität in der Erwachsenenbildung im Fokus standen. Überhaupt gebe die EU entscheidende Impulse in der Diversitätsforschung, erklärt die Projektkoordinatorin: So wurde ihre erste Forschungsstelle zu Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern allein durch Gelder der Europäischen Union ermöglicht. In Österreich hatte man wenig Interesse, solche Forschung zu finanzieren.

„Das Hauptinteresse gilt dem täglichen Arbeiten, Lernen und Lehren in der Erwachsenenbildung“, erklärt Höning die Projektziele. Es sollen methodische Ansätze, Lernszenarien und Best-Practice-Beispiele entwickelt werden, um künftig mit der Vielfalt in der Erwachsenenbildung besser umgehen zu können. Es gebe große Unterschiede bei den Backgrounds der Lehrenden und Lernenden, etwa im Studium der sozialen Arbeit: Dort kämen viele Studierende aus dem Zivildienst, andere aber aus technischen Berufen – bis hin zu ausgebildeten Geisteswissenschaftlerinnen.

Fiktive „Personas“

Die Zugänge sind divers: In Spanien stehen Menschen mit Behinderung im Vordergrund, in Italien Langzeitarbeitslose, in Griechenland Menschen aus der Roma-Community, während man in Portugal zur Vermittlung von technischen Kompetenzen für Frauen forscht. Ganz im Sinne der eigenen Forschung wollen die Institute selbst mittels intensiven Austauschs über die Ländergrenzen hinweg die Diversität innerhalb des Konsortiums nutzen und die verschiedenen Kompetenzschwerpunkte effizient anwenden. Durch die Erstellung sogenannter Personas – das sind fiktive Modellpersonen, anhand derer die verschiedenen Dimensionen von Diversität gut abgebildet werden können – soll Vielfalt besser be-

greifbar und modellierbar gemacht werden. Mit repräsentativen Idealtypen zu arbeiten, kennt man aus der Personalentwicklung, es wird aber seit Jahren erfolgreich in anderen interdisziplinären Zusammenhängen angewandt, erklärt die Soziologin.

Erste Ergebnisse erwartet Höning im Herbst dieses Jahres. Geplant sind eine Anleitung zur Erstellung von Personas, ein Handbuch für Instrumentarien in der Lehre, Best-Practice-Beispiele und eine interaktive Plattform, wo Interessierte selbst Personas für ihre eigenen Zwecke erstellen können. Höning ist zuversichtlich, dass das Projekt über den Hochschulbereich hinaus Wellen schlagen kann. Diversität würde in der Gesellschaft häufig durch die Problembrille betrachtet. Am Beispiel der Lehre könne die Sozialwissenschaft aber zeigen, dass Vielfalt ein großer Mehrwert sein könne. Diversität betreffe uns alle und sei eine zentrale Kompetenz und Ressource, die es besser zu verstehen und nutzen gelte.

Diese Kernaussage ist Höning besonders wichtig, befände man sich derzeit doch in einer Zeit, in der die Gemeinsamkeit in Europa nicht mehr so gegenwärtig sei wie noch vor wenigen Jahrzehnten. „Hat man aber mit so einem Projekt zu tun, wird einem deutlich, wie viele gemeinsame Möglichkeiten mit der europäischen Vielfalt einhergehen“, erläutert die Soziologin.

Mehr Unterstützung für Forschung gefordert

Wissenschaft und Industrie besorgt um Österreich

Die gesellschaftliche Bedeutung von Wissenschaft und Forschung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, gerade auch für ein kleines Land wie Österreich. Dass man bei allen Erfolgen aber nicht in Selbstzufriedenheit verfallen dürfe, war der Tenor einer Pressekonferenz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), des Austrian Institute of Technology (AIT) und der Industriellenvereinigung (IV) in Wien.

„Wir brauchen für die Forschungs- und Technologieentwicklung mehr Unterstützung, sowohl finanzieller als auch organisatorischer Natur“, forderte ÖAW-Präsident Heinz Faßmann. Prinzipiell sei das derzeitige Niveau der Forschungsquote mit 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gut (EU-Durchschnitt: 2,3 Prozent). Die innovationsstärksten Länder der Welt würden aber deutlich mehr ausgeben. Faßmann führte als Beispiele Israel und Südkorea an, deren Forschungsbudgets deutlich über fünf Prozent des BIP liegen. Auch Finnland, das derzeit als eines der innovativsten Länder der Europäischen Union gilt, habe beschlossen, seine F&E-Ausgaben bis 2030 auf vier Prozent zu erhöhen, sagte Faßmann. Abgebaut werden sollten bürokratische Hindernisse, etwa in der Forschung für grüne Gentechnologie, zudem müsse es mehr Planungssicherheit durch eine Verlängerung des Finanzierungszeitraums geben.

In globaler Konkurrenz

„Wir stehen in der Forschungs- und Innovationsentwicklung in internationaler Konkurrenz. Nicht nur in Europa, sondern auch mit den USA und China“, sagte AIT-Geschäftsführerin Brigitte Bach. Ihre Organisation bezeichnete sie als „intermediär“ zwischen Industrie, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung. Eine höhere F&E-Finanzierung sei notwendig, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Auch IV-Präsident Christoph Neumayer betonte, dass eine Erhöhung der Forschungsförderung essenziell sei. Zwar solle nicht ignoriert werden, dass sich Österreich in einer Rezession befinde, bei steigenden Arbeitslosenzahlen. „F&E-Ausgaben sind aber investive und nicht konsumtive Ausgaben. Wenn gekürzt werden soll, dann bei Subventionen, die mit der Gießkanne vergeben werden. Auch in der Industrie.“ Neumayer fordert eine Erhöhung der Forschungsbudgets in der EU von derzeit 100 auf 200 Milliarden Euro. (nort)

FORSCHUNG SPEZIAL ist eine entgeltliche Einschaltung in Form einer Medienkooperation mit österreichischen Forschungsinstitutionen. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.